

# Editorial

Autor(en): **Sekinger, Urs**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **36 (2017)**

Heft 69

PDF erstellt am: **27.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Editorial

Der Begriff ist in aller Munde, doch bleibt dabei so vage wie kontrovers: Identitätspolitik. Entweder wird Identitätspolitik als emanzipatorische Kraft beschworen, als Versprechen, die Erfahrungen von Unterdrückung und Exklusion zum Ausgangspunkt linker Bewegungen zu machen. Oder aber sie wird verantwortlich gemacht für den Wahlsieg Donald Trumps, indem der Linken vorgehalten wird, sie habe die weissen Arbeiterinnen und Arbeiter des amerikanischen Rust Belt vergessen. Fakt ist: Im Zuge der jüngsten wirtschaftlichen und humanitären Krisen erstarkt die politische Rechte. Dabei bilden sich rechtspopulistische und rechtsextreme Formationen nicht nur in den europäischen Ländern und den USA, sondern ebenso im ostasiatischen Raum, auf dem indischen Subkontinent und in Mittel- und Lateinamerika. Deren Antwort auf die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit liegt im Politikum der Identität. Mit nationalistischen Parolen suchen sie den Ursprung aller Krisen im Fremden und haben mit ihrer Ausschlusspolitik die soziale Frage erfolgreich besetzt. Menschen, die von der neoliberalen Globalisierung und vom technologischen Wandel aus der Lohnarbeit und den damit verknüpften Privilegien gedrängt werden, finden im Nationalismus Orientierung und das Scheinversprechen sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit. Dies stellt die Linke vor Probleme: Nicht nur scheinen ihr die genuinen sozialen Klassen abhandenzukommen. Sie hat es bisher auch nicht geschafft, einen alternativen Resonanzraum zu setzen, welcher für eine politische Orientierung konstitutiv sein könnte. So muss sich die Linke insbesondere auch im Nachgang auf den verlorenen Wahlkampf Hillary Clintons von verschiedener Seite den Vorwurf gefallen lassen, dass sie sich zu stark auf die Verteidigung von Minderheitenrechten – etwa von LGBTQ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queer) – konzentrierte, anstatt die Klassenfrage ins Zentrum ihrer Politik zu setzen. Diese Diskussionen zeigen, dass die Identitätspolitik im öffentlichen Diskurs angekommen ist. Sie hat eine lange Karriere hinter sich. Diese aus verschiedenen linken Perspektiven zu beleuchten, ist das Ziel der vorliegenden *Widerspruch*-Ausgabe.

Dem heutigen identitätspolitischen Diskurs vorgelagert sind zahlreiche korrelierende Ereignisse seit den späten 1960er-Jahren. Da gab es zunächst die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung, in der die Entstehung der «identity politics» verortet werden kann. Daneben entwickelte sich im Zuge

der 68er-Bewegung und des französischen Poststrukturalismus insbesondere an den Universitäten ein Diskurs um Identität, der sich heute im kritischen akademischen Denken festgesetzt hat. Es folgten der «cultural turn» in den Geisteswissenschaften und Jahrzehnte der Dekonstruktion und Differenzierung: Die Betonung von Differenz spiegelte sich politisch in Formen der «minoritären» Politik (Michel Foucault) und in Identitäts- oder Minderheitenpolitiken von schwarzen, homosexuellen, queeren oder indigenen Bewegungen. Dabei aber, so lauten Vorwürfe heute, hätten sich im Zuge dieser philosophisch-abstrakten Identitätsdiskurse links(liberale) Politiken entwickelt, die sich nur zu gut mit den Versprechen der neoliberalen Ideologie verstehen und allzu nahe am Abgrund der postmodernen Beliebigkeit tänzeln.

Bemerkenswert ist, dass in Bezug auf die Identitätsforschung heute eine ursprünglich feministische Theorie das Mass aller Dinge zu sein scheint: die Intersektionalität. Den Begriff der Intersektionalität führte die Rechtswissenschaftlerin Kimberlé Crenshaw Ende der 1980er-Jahre im Kontext ihrer Analysen der US-amerikanischen Antidiskriminierungsgesetzgebung ein. Gemäss ihrer Analyse waren (und sind) Überkreuzungen multipler Diskriminierungen in den Bereichen «race, class and gender» in der ökonomischen wie bürgerlichen Gesellschaftsordnung juristisch nicht angemessen berücksichtigt. Crenshaw kritisierte, dass Klasse, Geschlecht und Herkunft statt in ihrer Wechselwirkung stets einzeln und isoliert betrachtet werden und somit die Konstruktion von Machtverhältnissen verkannt wird. Die Trias «race, class and gender» wird auch von den AutorInnen im vorliegenden Band durchweg als strukturalistisches Merkmal und Kategorie zur Analyse von Identitätspolitik akzeptiert. Bei genauer Lektüre zeigt sich dabei, dass die Verbindung von «race», «class» und «gender» unbefriedigend bleibt und die anknüpfenden Theorien und politischen Praxen weder so klar noch so heilsbringend sind, wie gewisse AutorInnen sich dies wünschen. Wie schwer «race, class and gender» auf einen Nenner zu bringen sind, zeigt sich auch daran, dass in vielen Beiträgen in diesem Heft die Kategorie «class» auffallend abwesend ist.

Hat sich die Linke also tatsächlich in einen identitären Partikularismus verabschiedet? Es fehlt, so scheint es nicht nur uns, an einer linken Aktualisierung der Begriffe «Klasse» und «soziale Frage» in Bezug auf unsere realen Lebensbedingungen und Alltagskämpfe. So fordert ausgerechnet die US-amerikanische Philosophin und Aktivistin Judith Butler, die mit ihren poststrukturalistischen Arbeiten die De- und Rekonstruktion identitärer Zuschreibungen massgeblich vorangetrieben hat, angesichts der rechtspopulistischen Entwicklungen in einem Interview mit dem *Bund* vom 29. Dezember 2016: «Selbstverständlich wäre es toll, wenn das, was Klassenkampf genannt wird, wieder zentral würde. Und wenn die Linke wieder eine plau-

sible und vielversprechende Option für so viele werden könnte, die unter den jetzigen ökonomischen Bedingungen leiden. Dafür muss die Kategorie der «Klasse» im Licht der neoliberalen Verheerungen überdacht werden.» Das Wiederfinden eines kollektiven linken Projekts, das Neudenken der Klasse und des Klassenkampfes bleiben eine grosse, historische Aufgabe der internationalen Linken im 21. Jahrhundert.

Die Redaktion, im Mai 2017

### **Ein grosser Dank an Walter Schöni**

Anfang Jahr hat Walter Schöni seine jahrzehntelange Arbeit in der Redaktion aufgegeben. Im Kontext des *Widerspruchs* äusserte er sich erstmals 1983 in Heft 5 als Co-Autor des Artikels «Helvetozentrismus und imperialistische Wirklichkeit». In den Thesen dieses Artikels zu Jean Zieglers Buch *Das Schweizer Imperium* wurden Themen angesprochen, die der promovierte Soziologe in den folgenden Jahren fundiert weiterbearbeitete: schweizerische Aussenpolitik, Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik, Europa, Migration und Ideologiekritik. Insgesamt 23 Beiträge zu diesen Schwerpunkten hat er seitdem im *Widerspruch* veröffentlicht, wobei er sich in den letzten Jahren insbesondere als kompetenter Kenner und Kritiker der Bildungspolitik profiliert hat.

Seit 1988 hat Walter Schöni als Redaktor am Zustandekommen von 55 *Widerspruch*-Heften entscheidenden Anteil gehabt. Mit seinem breiten theoretischen und politischen Wissen setzte er Akzente in der Themenerarbeitung und hat – längere Zeit fast ausschliesslich in Zusammenarbeit mit Pierre Franzen – eine Vielzahl von Artikeln betreut. Mit seinen Kommentaren, Überarbeitungs- und Kürzungsvorschlägen hat er die inhaltliche Qualität des *Widerspruchs* mitgeprägt. Trotz dieses auch zeitlich enormen Engagements organisierte Walter zudem Geldbeschaffungsaktionen, die das Überleben des Zeitschriftenprojekts materiell sicherstellten, und betätigte sich zusätzlich als aktiver Heftverkäufer.

Als 2012 das krankheitsbedingte Ausscheiden von Pierre Franzen aus der Redaktion grundsätzliche Fragen zum Weiterbestehen des *Widerspruchs* aufwarf, entschied sich Walter, mit noch mehr Energie die Redaktionsarbeit fortzusetzen und neue Zukunftsperspektiven für das Zeitschriftenprojekt zu erarbeiten.

Leider wurde dieses Unterfangen jäh unterbrochen. Plötzlich auftretende, schwere gesundheitliche Probleme zehrten an Walters Kräften und zwangen ihn immer wieder zu längeren Pausen. Dies in einer Zeit, in der

die *Widerspruch*-Redaktion neben der laufenden Heftproduktion mit permanenten Grundsatzdiskussionen und personellen Veränderungen beschäftigt war. Zunehmend fiel es Walter schwer, seine Standpunkte hinsichtlich Konzeption und Ausrichtung des *Widerspruchs* als linke Theoriezeitschrift mit dem nötigen Nachdruck einzubringen.

Der Entscheid, seine notabene unentgeltliche Arbeit in der *Widerspruch*-Redaktion nach so vielen Jahren zu beenden, ist Walter nicht leichtgefallen, war doch für ihn der *Widerspruch* ein zentraler Bestandteil seines politischen Lebens.

Wir danken Walter für sein intellektuelles und praktisches Engagement sowie seinen zuvorkommenden, freundschaftlichen Umgang mit uns. Und wir bedauern es sehr, einen erfahrenen und kompetenten Redaktionskollegen zu verlieren, doch es erfreut uns, dass Walter dem *Widerspruch* als Beirat verbunden bleibt.

Gerne weisen wir darauf hin, dass in diesen Tagen Walter Schönis neuestes Sachbuch *Bildungswertschöpfung. Zur politischen Ökonomie der berufsorientierten Weiterbildung* im hep Verlag erschienen ist. Lieber Walter, wir wünschen dir mit diesem Buch, in dem du erneut eine wichtige Diskussion eröffnest, viel Erfolg!

Urs Sekinger, für die Redaktion *Widerspruch*